

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

ich melde mich heute in meiner letzten Sitzungswoche vor der sitzungsfreien Zeit aus Berlin. Viele wichtige Entscheidungen wurden in den letzten Wochen getroffen. Auch in dieser Woche können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Stolz auf unsere Ergebnisse schauen.

Der Mindestlohn ist da!



Ich freue mich als Sozialdemokrat und Gewerkschafter sehr, dass wir den Mindestlohn hier in Deutschland umgesetzt haben.

Der Bundestag verabschiedet am Donnerstag das Tarifautonomiestärkungsgesetz – und damit auch den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Er gilt für alle Branchen. Von dem Mindestlohn profitieren ab 2015 rund vier Millionen Menschen in unserem Land. Damit setzt die SPD einen historischen Meilenstein in der Arbeitsmarktpolitik.

Nach über zehnjähriger Kraftanstrengung kommt der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde für vier Millionen Beschäftigte ab 2015 in unserem Land. „Das bedeutet für

über 1,3 Mio Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen, und damit auch in den Kreisen Coesfeld und Steinfurt, mehr Einkommensgerechtigkeit. Niedriglöhne gehören endlich der Vergangenheit an.

Der Mindestlohn wird für alle Branchen gelten. Für Zeitungszusteller wird es Übergangsregelungen geben, die de facto das Gleiche bedeutet. Denn auch für die Zeitungszusteller gilt: Spätestens ab 2017 bekommen sie 8,50 Euro. „Wer Vollzeit arbeitet, soll von seiner Arbeit leben können – das hat die SPD versprochen und das setzt sie jetzt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um. Die skizzierten Übergänge bedeuten, dass alle Vereinbarungen des Koalitionsvertrages eingehalten werden und sich die Situation für vier Millionen Menschen sogar verbessert.

Schluss macht die SPD mit der „Generation Praktikum“. Die SPD fordert seit Jahren faire Regeln für Praktika. Deswegen bekommen auch Praktikantinnen und Praktikanten zukünftig den Mindestlohn – ausgenommen sind lediglich Praktika vor oder während des Studiums und der Ausbildung von bis zu drei Monaten. Besonders erfreulich sind die Qualitätsverbesserungen für Praktika, die auf Forderung der SPD durchgesetzt werden konnten. Dazu zähle zum Beispiel die Erfordernis eines schriftlichen Vertrags für Praktikanten, der auch den Lerninhalt des Praktikums klar beschreibt.

Die Höhe des Mindestlohns wird in regelmäßigen Abständen von einer Kommission der Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Mindestlohnkommission soll sich bei ihrer Beschlussfassung nachlaufend an der tariflichen Entwicklung orientieren.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Außerdem ist eine Evaluierung des Mindestlohns vorgesehen – damit wird sichergestellt, dass der Mindestlohn die gewünschte Wirkung für die Beschäftigten in unserem Land erzielt. Mit dem Mindestlohn bekommt Arbeit ihre Würde zurück.

*Rote Karte für schlechte Zahlungsmoral -
Guter Tag für Mittelstand und Handwerk*

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs legen wir heute das Fundament für einen finanziell starken Mittelstand und ein starkes Handwerk in Deutschland. Künftig werden im Geschäftsverkehr Zahlungsfristen bis zu höchstens 60 Tage vereinbart werden können. Eine längere Frist wird nur dann zulässig sein, wenn sie ausdrücklich getroffen und für den Gläubiger nicht grob nachteilig ist.



Striktere Fristen werden für den Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern festgesetzt. In diesen Fällen werden die Zahlungsfristen auf höchstens 30 Tage beschränkt. Klauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, durch die diese Regelungen umgangen werden sollen, sind zudem gesetzlich ausgeschlossen und damit unwirksam.

Bisher mussten oft gerade mittelständische Betriebe und das Handwerk finanziell viel zu weit in Vorleistung treten. Rechnungen durch die Auftraggeber wurden meist erst spät gezahlt. Lange Zahlungsfristen von über 3 Monaten waren an der Tagesordnung.

Für die kleineren und mittleren Unternehmer bargen diese Zeiträume ein großes Risiko, denn sie liefen Gefahr eigene Rechnungen und Angestellte nicht mehr bezahlen zu können, obwohl die Betriebe auf dem Papier deutlich im „Plus“ waren. Zahlungsunfähigkeit und daraus resultierende Insolvenzen waren oft die Folge.

Mit unserem Gesetzentwurf zeigen wir dieser laxen Zahlungsmoral nun die rote Karte und setzen auf „Fair Play“ im geschäftlichen Zahlungsverkehr. Die Zeiten in denen mittelständische Betriebe und das Handwerk finanziell viel zu weit in Vorleistung treten mussten, sind damit endgültig vorbei!

*Finanzierung für Mehrgenerationenhäuser in
Dülmen und Coesfeld für das Jahr 2015
gesichert.*

Mit dem Entwurf des Bundeshaushaltes für 2015 hat das Bundeskabinett heute den ersten Schritt zur nachhaltigen Sicherung der Mehrgenerationenhäuser gemacht. Zur Fortführung des laufenden Modellprogramms bis Ende 2015 werden deshalb im Einzelplan 17 einmalig 16,5 Millionen Euro zur Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser veranschlagt.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Jedes der aktuell geförderten Häuser kann somit Ende des Jahres 2014 einen Förderantrag für 2015 stellen.

Auch für 2015 gilt: Um die Bundesförderung i.H.v. 30.000,- Euro zu erhalten ist ein Kofinanzierungsanteil i.H.v. 10.000,- Euro durch die Kommune, den Landkreis und/oder das Land zu erbringen. Zu allen Verfahrensdetails werden die Träger der Mehrgenerationenhäuser – wie in den Vorjahren – im Herbst informiert.



Damit ist auch die Finanzierung für die Mehrgenerationenhäuser in Dülmen und Coesfeld für das Jahr 2015 gesichert. Sie haben damit endlich Planungssicherheit.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bereits frühzeitig für eine Weiterführung des erfolgreichen Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser eingesetzt. Denn unter Schwarz-Gelb wurden die Mittel für Mehrgenerationenhäuser gekürzt. Zudem läuft eine Kofinanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds zum Jahresende aus.

In einer gemeinsamen Kraftanstrengung ist es gelungen, die Finanzierung für den Haushalt 2015 sicherzustellen.

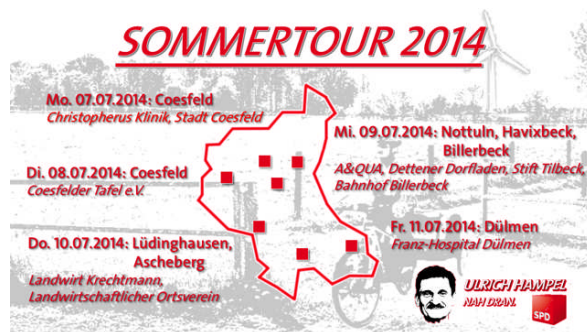
Jetzt kommt es darauf an, an der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag über die Weiterentwicklung des erfolgreichen Konzepts der Mehrgenerationenhäuser und die Verstetigung der Finanzierung weiter zu arbeiten. Dafür finden Gespräche mit den Ländern und Kommunen über eine gemeinsame Lösung für die dauerhafte Etablierung der Häuser statt.

Ich schätze insbesondere das aktive und generationsübergreifende Leben und Lernen in den Mehrgenerationenhäusern. Durch die vielfältigen Veränderungen unserer immer älter und bunter werdenden Gesellschaft werden generationsübergreifende Orte immer wichtiger. Mehrgenerationenhäuser fördern das Miteinander der Generationen vor Ort. Die Mehrgenerationenhäuser sind auch eine Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Sommertour im Wahlkreis

Gemeinsam mit André Stinka beginnt ab dem 7.7.2014 unsere Sommertour im Wahlkreis.



Informationen zur den einzelnen Etappen der Sommertour sind auf meiner Facebookseite oder auf meiner Homepage www.ulrich-hampel.de nachzulesen.

Leider gelingt es nicht, alle Gemeinden des Wahlkreises in diese Sommertour einzubinden. Dazu reicht die Zeit einfach nicht aus. Eine zweite Tour ist daher für die 38. KW in Planung. Vorschläge für Termine vor Ort nimmt Ulrike Reifig gerne mit auf.

In Berlin beginnt ab den 7.7.2014 die Sitzungs-freie Zeit und auch im Wahlkreis startet die Urlaubszeit. Diese Zeit bringt etwas Ruhe vom politischen Geschäft mit sich und gibt Gelegenheit auch mal etwas auszuspannen.

Mein Team und ich wünschen eine schöne und erholsame Zeit!



Ihr

